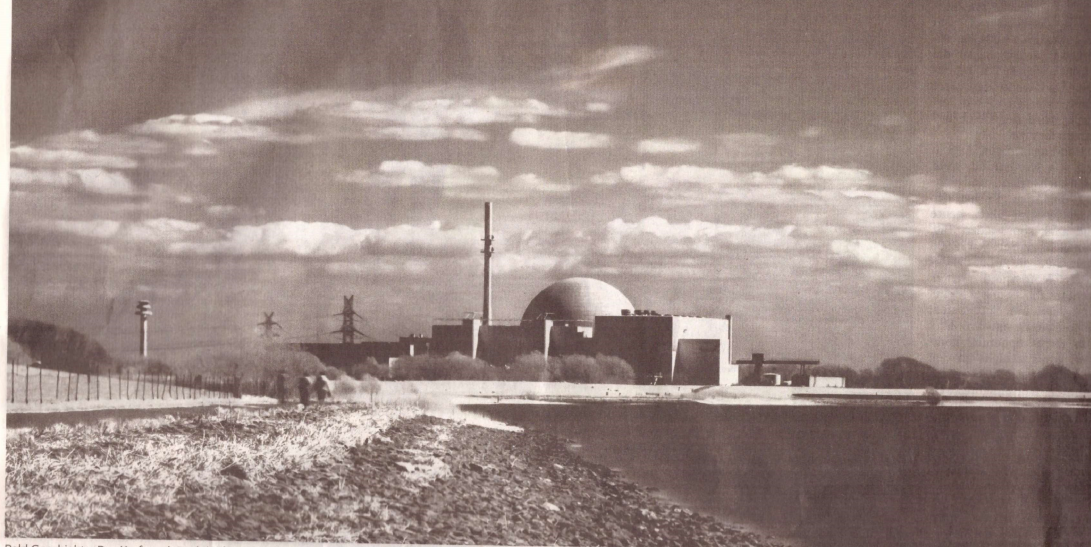


Wohin mit dem AKW-Schutt?

Mit Brokdorf hat Schleswig-Holstein dem letzten der drei Meiler im Land die Genehmigung zum Rückbau erteilt. Wohin die Abriss-Reste der drei Atomkraftwerke kommen, ist allerdings noch offen – gestritten wird bereits mit Klagen.



Bald Geschichte: Das Kraftwerk Brokdorf an der Elbe darf jetzt zurückgebaut werden.

Foto: Christian Kieselbach

Eine gute Nachricht für die Sicherheit der Menschen in Schleswig-Holstein, nannte Umweltminister Tobias Goldschmidt (Grüne) die mit strengen Auflagen verbundene Genehmigung für den Rückbau des Atomkraftwerks Brokdorf. Dabei dürfte ihm klar gewesen sein, dass mit dem Abriss der Äger erst richtig beginnt. Zehntausende Tonnen Bauschutt der drei Meiler, Beton, Metallschrott, Dämmmaterial und Isolierungen, die laut Strahlenschutzverordnung maximal zehn Mikrosievert pro Jahr abgeben dürfen, müssen in Schleswig-Holstein deponiert werden.

Die kosmische Strahlung, die jeder Mensch pro Jahr ausgesetzt wird, beträgt ungefähr 300 Mikrosievert und laut Bundesamt für Strahlenschutz liegt die „natürliche Strahlenexposition“ für jeden Bürger in Deutschland bei durchschnittlich 2,1 Millisievert, das ist das 210-fache des Grenzwertes.

Niemand will den Müll aus Atomkraftwerken

Gleichwohl schlagen die Wellen hoch, niemand will den Müll aus Atomkraftwerken – egal wie stark und ob er überhaupt strahlt. Auf welche Deponien der Bauschutt kommt, wird vor dem Verwaltungsgericht Schleswig geklärt werden. Und zwar im Fall des Kernkraftwerks Brunsbüttel, dem vom Land bereits im Dezember 2018 die Genehmigung zum Abriss erteilt wurde.

Weil es Kraftwerksbetreiber Vattenfall und der Abfallwirtschaft Dithmarschen nicht gelungen war, eine aufnahmebereite Deponie zu

finden, trat der damalige schleswig-holsteinische Umweltminister Jan Philipp Albrecht (Grüne) im Januar 2021 per Zwangszuweisung an, das freigemessene Material auf den Deponien Lübeck-Niemark und Johannistal in Gremersdorf im Norden des Kreises Ostholstein zu lagern. Lübeck klagte kurz darauf gegen die Zuweisung, denn die Bürgerschaft hatte es bereits 2019 per Beschluss abgelehnt, freigegebene Abfälle aus Kernkraftwerken anzunehmen. Die Hansestadt untermauerte das mit einer Bürgerbefragung, bei der sich 58 Prozent der Lübecker gegen die Lagerung aussprachen. Und auch die „Johannistal Abfallverwertungsgesellschaft“ reichte Klage ein, unterstützt von der Gemeinde Gremersdorf.

Und so wird, was derzeit in Brunsbüttel an unbelastetem Bauschutt anfällt, auf dem Gelände des Kraftwerks selbst gelagert. Wie Vattenfall-Sprecher Lutz Wiese erklärt, seien 90 Prozent der zur Verfügung stehenden Flächen aber bereits belegt. „Bevor wir die Abbaugeschwindigkeit drosseln müssen, würden wir einen Sofortvollzug beantragen“, sagt er und fügt hinzu: „Der Zeitpunkt kommt unaufhaltsam näher.“ Einen exakten Datum will Wiese nicht nennen, spricht allerdings vom zweiten Halbjahr 2025. Dann würden die Lkw mit dem Schutt trotz der Klagen zu den Deponien rollen. Minister Goldschmidt hat bereits erklärt: „Das finde ich absolut richtig so.“

Noch kein Termin vor dem Verwaltungsgericht

Auch drei Jahre nach Eingang der Klagen steht noch nicht fest, wann vor dem Verwaltungsgericht Schleswig verhandelt wird. „Eine Terminierung der Verfahren ist frühestens für das zweite Quartal 2025 in Planung“, sagt Gerichtssprecher Jaschar Stöltzing und erklärt: „Die Laufzeit der Verfahren ist bedingt durch weitere, noch ältere oder vorrangig in der Kammer zu verhandelnde Verfahren.“

nen Verfallstadium“ befunden hätte, sei die Lagerung größerer Mengen Isolierwolle Knapp unterhalb der Oberflächenabdichtung deponietechnisch problematisch gewesen.

Auch für Brokdorf keine freiwillige Lösung

Beim Material aus dem Kernkraftwerk Krümmel, dessen Abriss im Juni genehmigt wurde, gibt es weniger Probleme. Er soll auf die Deponie Wiershop im Kreis Herzogtum Lauenburg. Das hatte der Gemeinderat 2020 beschlossen. Ganz anders sieht es wiederum in Brokdorf aus. Ministeriumssprecher Hippel bestätigt: „Auch hier zeichnet sich bislang keine freiwillige Deponierungslösung ab.“ Der Kreis Steinburg habe daher beim Landesamt für Umwelt eine sogenannte Mitbenutzungsanordnung beantragt – für zunächst für 195 Tonnen mineralischer Abfälle.

Jetzt prüfe das Landesamt, welche der technisch und rechtlich geeigneten Deponien für die Annahme am besten geeignet sei.

Im Umweltausschuss des Landtags hat Umwelt-Staatssekretär Joschka Knuth für den Fall von Klagen bei der Brokdorfer Deponiesuche angekündigt, zum Sofortvollzug als Mittel der Wahl zu verstehen, betont Sprecher Hippel. Es sei ein legitimes rechtliches Mittel zur Gewährleistung der Entsorgungssicherheit. Und wegen der

geringeren Menge der in Brokdorf anfallenden Abfälle seien gleich mehrere Deponien im Land grundsätzlich geeignet.

Schacht Konrad ist erst 2030 bereit

Die Mengen, um die es bei allen drei Kraftwerken geht, sind nicht gerade klein. Nach Betreiberangaben hat Brunsbüttel eine „Bausubstanz“ von 300.000 Tonnen, in Krümmel sind es 540.000 Tonnen und in Brokdorf 655.000 Tonnen. Eine nicht unerhebliche Menge davon kann recycelt werden. Allerdings gibt es neben dem Bauschutt, der auf die Deponie muss, auch noch schwach- und mittelfradioaktive Abfälle. In Brunsbüttel sind es zum Beispiel 9000 Tonnen, für die Vattenfall ein Lager mit dicken Stahlbetonwänden errichtet hat. Wann diese Abfälle in den Schacht Konrad, das geplante Endlager im niedersächsischen Salzgitter, gebracht werden können, ist ungewiss. Die Bundesgesellschaft für Endlagerung spricht vom Beginn der 2030er Jahre.

Endlagersuche für die Castoren bis 2075?

Noch vollkommen in der Schwebe ist die Endlagersuche für hochradioaktive Abfälle, also die abgebrannten Brennelemente. In Brunsbüttel sind die letzten Brennelemente bereits vor sieben Jahren verpackt worden, 965 Stück aus dem Betrieb stehen nun in 20 Castoren in einem nicht genehmigten Zwischenlager. Laut einer Regierungsstudie ist das Verfahren für eine Endlagersuche wohl erst 2074 abgeschlossen. Und dann muss es ja auch noch gebaut werden.



Das Land hat seinerseits eine Klageerwidmung eingereicht. Jonas Hippel, Sprecher im Umweltministerium, sagt: „Die beiden ausgewählten Deponien sind technisch geeignet, für die Abfallarten zugelassen und verfügen über ausreichende Kapazitäten. Die Annahme des freigemessenen Abrissmaterials ist daher zumutbar.“ Anders sei das beispielsweise bei der Deponie in Großensepe im Kreis Segeberg, die ebenfalls in Erwägung gezogen worden sei. Da sich diese bereits in einem „fortgeschritte-